

## **Auszug aus dem substanziellen Protokoll 119. Ratssitzung vom 9. Dezember 2020**

### **3329. 2020/547**

#### **Postulat der GLP-Fraktion vom 02.12.2020:**

#### **Unterbreitung eines Effizienz- und Entlastungspakets sowie einer umfassenden Leistungsüberprüfung für die Legislaturperiode 2022–2026**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Shaibal Roy (GLP)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3283/2020): Die GLP fordert mit diesem Postulat eine Leistungsüberprüfung. Diese ist dringend notwendig, weil von 2021 bis 2024 signifikante Veränderungen zuungunsten der Stadt in Bezug auf das Eigenkapital und die Verschuldung erkennbar werden und dazu Gegensteuer gegeben werden muss. Natürlich braucht es aufgrund des Bevölkerungswachstums Investitionen und Personal, vor allem in der Bildung und der Pflege – aber das muss irgendwo kompensiert werden. Dazu gibt es nur eine Möglichkeit: Dort, wo man Kosten beeinflussen kann, soll man diese auch wirklich beeinflussen. Der Wille dazu scheint bis anhin nicht vorhanden zu sein, weshalb der Stadtrat durch dieses Postulat angeregt werden soll. Ich verstehe nicht, warum man dies ablehnt. Es ist verständlich, dass man momentan mit der Krise beschäftigt ist, aber der Blick über den Tellerrand ist notwendig. Man muss sich aktiv damit befassen, was in Zukunft auf uns zukommt, denn nur eine aktive Begegnung führt dazu, dass wir auch einen FAP auflegen können, der bessere Zahlen ausweist, als er es heute tut.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** Die Ablehnung dieses Postulats durch den Stadtrat hat zwei Aspekte. Den einen habe ich bereits beim FDP-Postulat erwähnt: Jetzt eine Leistungsüberprüfung zu starten, die vor allem durch die sehr beschäftigten Stäbe der Dienstabteilungen durchgeführt würde, leitet Kräfte auf die falschen Bahnen. Der zweite Aspekt hat mit einem Teil des Einleitungssatzes zu tun. Ich stimme mit der GLP überein, wenn wir – und hier knüpfe ich an mein Eintretensvotum an – in Sachen Eigenkapital nahe dem Nullpunkt wären, müsste man anders handeln. Nur haben wir dieses Eigenkapital geholt, um mit Augenmass und einer langfristigen Perspektive handeln zu können. Und das macht der Stadtrat. Ich kenne die Vorstellung nicht, mit der die GLP auf das Geschehen blickt. Wenn sie den Eindruck hat, der Stadtrat handle und diskutiere Dinge nicht, müssten wir uns einmal etwas ausführlicher austauschen. Was nicht angeht, ist zu fordern, man müsse dem Gemeinderat eine Leistungsüberprüfung vorlegen. Wie soll*

*das funktionieren? Ein Teil ist unsere Kompetenz – diesen müssen wir dem Gemeinderat nicht vorlegen – und ein Teil ist Ihre Finanzkompetenz. Wenn Sie den Eindruck haben, etwas sei nicht nötig, müssen Sie entsprechende Motionen einreichen, die uns dazu auffordern, dies oder jenes abzubauen. Aber dazu sind Sie in der Regel nicht in der Lage und auch die GLP trägt ihren Teil zu immer mehr Aufgaben bei. Dies ist der falsche Übungsansatz zum falschen Zeitpunkt in der falschen Situation.*

Weitere Wortmeldungen:

**Florian Utz (SP):** *Worum geht es bei diesem Postulat? Das hätte man effizient in einem Satz formulieren können: «Es sind Massnahmen – also Kürzungen – im Umfang von 20 Prozent über die Legislaturperiode der beeinflussbaren Kosten zu erarbeiten.» Es geht also um eine Leistungskürzung im Umfang von 20 Prozent. Was heisst das konkret? Bei der Stadtpolizei schreibt kein Gesetz vor, wie viele Polizistinnen und Polizisten wir haben müssen. Aktuell haben wir rund 1700 Frontstellen – 20 Prozent Leistungsabbau bedeutet also 340 Polizistinnen und Polizisten weniger. Bei der Rettungssanität – der Feuerwehr – sind es 130 Stellen weniger. Bei den Stadtspitälern Triemli und Waid heisst das 800 Ärztinnen und Ärzte, Pflegerinnen und Pfleger sowie weiteres Personal, wie etwa aus dem IT-Bereich, weniger. Das ist verantwortungslos. Das bedeutet auch weniger Velowege, weniger Klimaschutz. Was wären die Auswirkungen auf die Krippen, deren Plätze weitgehend von der Stadt subventioniert werden? Das bedeutet nicht nur 20 Prozent Mehrkosten, denn durch den Subventionsabbau vonseiten der Stadt von 20 Prozent entstehen weitere, deutliche Kostensteigerungen: Eltern müssten für ein Kind statt 240 Franken pro Monat neu 672 Franken bezahlen. Auf das Jahr gerechnet ergibt das mehr als 5000 Franken an zusätzlichen Kosten infolge dieses Postulats. Die GLP wird wahrscheinlich sagen: «Wir meinen gar nicht all das – wir meinen ganz andere Dinge.» Da lohnt sich ein Blick in die Anträge der GLP zum Budget. Wo sieht die GLP Sparpotenzial, wenn nicht bei den Polizistinnen und Polizisten, der Rettungssanität, den Velowegen oder bei den Stadtspitälern Triemli und Waid? Die GLP stellt konkrete Sparvorschläge im Umfang von 272 000 Franken. Dieses Postulat fordert aber Kürzungen im Umfang von 20 Prozent auf den beeinflussbaren Teil der neun Milliarden Franken einer Legislatur – wobei über eine Legislatur das meiste beeinflussbar ist. Da reden wir über Kürzungen in der Grössenordnung von anderthalb Milliarden Franken. Die erwähnten 272 000 Franken sind 0,02 Prozent dieser 1,5 Milliarden Franken. Mir ist klar, dass die GLP eine Freundin des Outsourcings ist, aber nicht alles kann an STR Daniel Leupi und den Stadtrat ausgelagert werden, wenn man zu einem Sparvolumen von 1,5 Milliarden Franken nur Vorschläge in der Höhe von 272 000 Franken vorlegt. Da hat man die Arbeit zu 0,02 Prozent erledigt und versucht, die anderen 99,98 Prozent abzuschieben. So geht das nicht; ich danke für die Ablehnung.*

**Severin Pflüger (FDP):** *Mani Matter wurde heute bereits bemüht und ich bemühe ihn nochmals. Sie kennen das Lied des Alpenrundflugs: Der hintere Freund im Flugzeug sagt, das Benzin gehe aus und der vordere sagt, der hintere müsse lauter sprechen. Der hintere entgegnet, nein, der vordere solle landen – und so weiter. STR Daniel Leupi*

*mit seiner Stadtverwaltung kommt mir im Moment so vor. Alle sind derart mit ihrer aktuellen Aufgabe beschäftigt, dass sie gar nicht überprüfen können, ob das, was sie tun, überhaupt sinnvoll ist. Es besteht eine gewisse Wende gegenüber der Argumentation der Vorjahre. Dort wurde immer wieder gesagt, Leistungsüberprüfung sei ein Dauerauftrag. Einen Pin mit diesem Satz sollte sich jeder Finanzvorstand ans Revers heften. Aber heute sagt er: «Sorry, das geht nicht. Ich habe keine Zeit.» Man habe derart viel zu tun mit den Dingen, von denen wir nicht wissen, wie man sie braucht, dass man nicht darüber nachdenken könne, ob man sie brauche. Hätte er einen Antrag für drei zusätzliche Stellen, die er in seinem Stab für die Leistungsüberprüfung benötigt, er hätte eine Mehrheit. Ich würde diesen Antrag vorbringen – aber nur, wenn er das auch will und er diese Stellen gebrauchen kann. Den Weg über die Motion haben wir schon 100 Mal probiert – er funktioniert nicht. Florian Utz (SP) antwortete ich: Wenn wir sagen, wir wollten davon weniger oder weniger Kommunikation, heisst es immer, am konkreten Ort gehe es nicht, aber man könne an anderen Orten schauen. Wir hätten als Gemeinderat auch zu wenig Wissen darüber, denn Leistungsüberprüfung sei eine Regierungsaufgabe – und heute heisst es, sie sei eine Aufgabe des Parlaments.*

**Susanne Brunner (SVP):** *Die Stadt Zürich braucht diese Fitnesskur, die dieses Postulat fordert. Zu sagen, man sei jetzt dermassen mit den derzeitigen Aufgaben beschäftigt, dass man nicht einmal denken könne, bringt mich ins Grübeln. Die Leistungsüberprüfung muss keinesfalls bis im Januar 2021 abgeschlossen sein. Liest man den Einleitungssatz des Postulats genau, soll sie in den Jahren 2022 bis 2026 greifen. Das Vorbereiten dieser Fitnesskur, bei der in allen Departementen die Notwendigkeit von Leistungen hinterfragt werden soll, muss jetzt beginnen. Aber dafür haben wir noch einige Monate im Jahr 2021 Zeit. Die SVP-Fraktion unterstützt darum dieses Postulat.*

**Ernst Danner (EVP):** *Dieses Postulat der GLP geht in eine ähnliche Richtung wie das vorangehende der FDP: Die Überprüfung der Effizienz und Leistungen der Stadtverwaltung. Die EVP unterstützt dies – nicht, weil sie wahnsinnig überzeugt wäre von der Wirkung solcher Programme, sondern weil es sich um eine Daueraufgabe handelt, die permanent gemacht werden muss. Das erste Effizienzprogramm, das ich in der Verwaltung erlebte, war 1986 und hiess Veras. Bis zu meiner Pensionierung gab es sicherlich noch 10 bis 15 weitere solcher Programme mit schönen Fantasienamen. Fast alle haben nicht viel gebracht. Warum unterstützen wir es trotzdem? Solche Programme sind der Stachel im Fleisch der Verwaltung. Man bringt zwar unsinnige Vorschläge, die sicherlich abgelehnt werden, aber es ermutigt einen, die Effizienz zu überprüfen. In der Stadtverwaltung ist dieses Gefühl noch nicht so ausgeprägt, wie es sein sollte. Vielleicht tue ich jemandem Unrecht, doch ich hatte während meiner Arbeit im kantonalen Personalamt immer das Gefühl, die Stadt hätte ein so schönes, riesiges Personalamt. Sie hatten aber weniger Mitarbeiter als der Kanton und zudem in den Direktionen ebenfalls sehr viele «Personaler». Da hätte es sich gelohnt, zu schauen, ob der Kanton unterdotiert oder die Stadt überdotiert ist. Genau solche Sachen sollte man laufend durchführen. Darum glauben wir, das Überweisen dieses Vorstosses ist eine gute Sache, damit die Stadt das Anliegen ernst nimmt.*

**Sven Sobernheim (GLP):** Florian Utz (SP), wir können bei deiner Jungpartei anfragen, ob sie die 300 Polizisten streichen möchte. Ich bin mir nicht sicher, wer von uns eine Mehrheit finden würde. Es hiess, wir sollten konkret sagen, wo man sparen soll. Als wir das letzte Mal konkrete Vorschläge machten, hiess es, wir machten Rasenmäheranträge. Ich weiss nicht, ob ihr diese Rasenmäheranträge zurück möchtet oder es nicht doch lieber dem Stadtrat überlassen möchtet, zu sagen, wo es sich lohnt.

**Shaibal Roy (GLP):** Das Bild der 800 Stellen, die in den Spitälern gestrichen werden, oder das Bild der Polizei, bei der x-Hundert Stellen gestrichen werden, sowie Angst zu verbreiten, wir würden mit diesem Postulat die Sicherheit und die Gesundheit der Stadtbevölkerung aufs Spiel setzen, das ist nicht richtig. Wir haben gefordert, man solle die beeinflussbaren Kosten entsprechend beeinflussen. Wir haben auch explizit gesagt, dass davon die Bildung und die Gesundheit ausgeschlossen sind. Florian Utz (SP): Bring bitte nicht diese Beispiele, denn das steht nicht in diesem Postulat. Spricht man über die von der GLP gestellten Anträge, wünscht man sich offensichtlich eine ellenlange Budgetdebatte mit vielen Einzelanträgen zurück. Das ist aber nicht das Vorgehen, das sich die GLP wünscht. Hier zu beziffern, wie viel wir aus dem Budget gestrichen haben, repräsentiert nicht die Flughöhe oder die Aufgabe des Parlaments. Das Parlament sollte nicht mit dem Budget Stadtrat spielen wollen, aber genau das versucht die SP mit x-Budgetanträgen. Sie will granular auf einzelnen Dienstabteilungsstufen sagen, wo temporäre Stellen geschaffen werden, wem wie viele Franken pro Stunden bezahlt werden sollen. Der Stadtrat soll diesen Auftrag annehmen und mittelfristig – und eben nicht aufs nächste Budget, sondern auf die nächste Legislaturperiode – überlegen, wo man zugunsten von nötigen Leistungserbringungen, die es aufgrund des Bevölkerungswachstums gibt, Kompensationen bei anderen Funktionen machen kann. Zum Beispiel bei Querschnittsfunktionen, die es bei Überlappungen gibt und man sich fragen kann, ob das in diesem Ausmass stattfinden muss. Dieser Wille fehlt, was schade ist.

**Walter Angst (AL):** In diesem Saal wird tragischerweise aneinander vorbeigeredet. STR Daniel Leupi hat gesagt, die Stadtverwaltung hätte einen Auftrag, diese Listen zu aktualisieren, die man immer führt – und wegen vorgebrachter Anträge jetzt wohl auch etwas intensiver führt. Shaibal Roy (GLP): Es ist wahrscheinlich so, dass der Detaillierungsgrad dieses Auftrags etwas über das Ziel hinauschiessst. Auch diese 20 Prozent sind unscharf. Sie können so richtig kräftig gemeint sein, aber sie könnten auch genau das repräsentieren, was STR Daniel Leupi sagte. Hier oben steht: «ein Effizienz- und Entlastungspaket, inklusive umfassenden Leistungsüberprüfungen, unterbreitet werden kann». Natürlich ist es nicht Aufgabe des Gemeinderats dieses Paket abzusegnen. Man kann es auch so interpretieren, er solle einmal sagen, was er macht und was er herausgefunden hat. Das erwarten sowohl die RPK als auch der Gemeinderat. Hier eine sture Gewaltentrennung zu machen, hilft der finanzpolitischen Steuerung der Ausgaben sicherlich nicht. Wir bleiben dabei: Das hier Geschriebene schiesst deutlich über das Ziel hinaus, aber es ist sicher nicht so zu interpretieren, als hätte der Stadtrat gar nichts zu tun. Es geht auch nicht an, jedem Antrag der SP hinterher zu hoppeln, die 1,2 Millionen Franken ins Budget stellt, weil in der Antwort des Stadtrats von «zwölf Stellen» die Rede war.



5 / 5

Das Postulat wird mit 50 gegen 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat